

schon Gebundenheit freier, unabhängiger und selbständiger Staat erscheinen, der die Bürgerschaft seines künftigen Bestandes und seiner Gebietsintegrität nicht in der Herrschaft von Gewalt und Waffen, sondern in der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen, in der vollkommenen politischen Demokratie und die radikalen sozialen Umgestaltungen sucht.

Nach Kunst sprachen die Vertreter der Nationalitäten, und zwar Fluerás, der im Namen der rumänischen Arbeiter den Parteitag begrüßte, dann Horváth, der Vertreter der slowakischen Arbeiter, der die Erklärung abgab: „Wenn Ungarn nicht demokratisch wird, so werden die Slowaken sich nach außen orientieren. Gestaltet sich Ungarn demokratisch um, so werden sie in einer Reihe mit den ungarischen Arbeitern stehen.“ Im Namen der serbischen Arbeiter erklärte Jivánovic, daß sie Schulter an Schulter mit der ungarischen Arbeiterkraft für ein demokratisches Ungarn eintreten werden. Der Vertreter der deutschsprachigen Arbeiter Ungarns, Knaller, sagte, die Nationalitäten können nur im Anschluß an die Sozialdemokratie ihre Ziele erreichen.

Es sprachen noch die Vertreter der Eisen- und Metallarbeiter, der Eisenbahner, der Buchdrucker, der Bergleute, der Privatbeamten, der landwirtschaftlichen Arbeiter und mehrere Redner aus der Provinz.

Nach all diesen Reden wurde der Beschlus Antrag einstimmig zum Beschluß erhoben.

Das Komitat Pest für die Personalunion.

Heute vormittag hielt der Municipalausschuß des Pest Komitats unter Vorsitz des Obergespan Tibor v. Batay seine Quartalsversammlung ab. Nachdem Obergespan Theodor Agorakó den Bericht vorgelegt und hierbei auch des Ablebens Ludwig Holló's gedacht hatte, widmete Aurel Förster der hervorragenden Rolle, die dieser verstorbenen Politiker im Leben des Komitats gespielt hat, pietätvolle Worte. Dann wurde Baron Desider Brónay anlässlich seines 70. Geburtstages im Namen des Komitats begrüßt.

Nun trat die Versammlung in die Beratung über die Zuschrift des Komitats Pozsony betreffend die Revision des Ausgleichsgesetzes ein. Diesbezüglich lag der Versammlung folgender Beschlus Antrag des ständigen Ausschusses vor:

Der Municipalausschuß des Pest Komitats beschließt, sich mit einer Petition an den Reichstag zu wenden, worin der Abschluß eines die Gebietsunversehrtheit des ungarischen Staates sichernden ehestbaldigen Friedens und die Verwirklichung der Personalunion gewünscht wird. Ferner wird der Reichstag ersucht, sich mit seinem vollen Gewicht dafür einzusetzen, daß bei den Friedensberatungen Ungarn unabhängig von Oesterreich, durch besondere ungarische Bevollmächtigte, mit selbständigem Wirkungskreis vertreten werde. Der ehestbaldige Friede wird gefordert, weil Ungarn während des langen Krieges auch nicht für einen Augenblick von Eroberungsabsichten gelenkt wurde, sondern den Krieg ausschließlich zur Selbstverteidigung, für seinen Fortbestand und die Unversehrtheit seines Gebietes führt, seine nationale Existenz nicht vom launischen Kriegsglück abhängig machen will und von dem Verständigungsfrieden die Anerkennung seiner tausendjährigen Staatlichkeit erwartet. Ohne die Anerkennung dieser Staatlichkeit und Aufrechterhaltung seiner territorialen Integrität aber wird es in diesem von den Karpathen umgürteten, auch geographisch einheitlichen Gebiete nirgend Frieden geben. Die Personalunion wird gefordert, weil die Verhältnisse Oesterreichs und seiner einzelnen Provinzen sich so geändert haben, daß infolge dieser wesentlichen Veränderungen die im G. N. XII: 1867 niedergelegten Grundsätze nicht mehr geeignet sind, das Verhältnis zwischen Ungarn und Oesterreich zu regeln. Ja, die Versuche, die gewisse österreichische Kreise gegen die Gebietsunversehrtheit Ungarns richten, ohne daß sie amtlicherseits geahndet oder auch nur zurückgewiesen würden, haben die durch G. N. XII: 1867 geschaffene staatsrechtliche Grundlage an ihrer Wurzel angegriffen. Doch wird die Personalunion auch aus dem Grunde gefordert, weil die ungarische Nation, obwohl der vierjährige Krieg mit allen seinen Erfahrungen verhängnisvolle Mängel der Gemeinsamkeit mit Oesterreich klargelassen hat, und zwar sowohl vom Gesichtspunkte der Landesverteidigung, als auch des Wirtschaftslebens der Nation und ihrer Vertretung im Auslande, doch in biblischer Treue auf der gesetzlichen Grundlage stand, und alle Lasten der gemeinsamen und gegenseitigen Verteidigung und des Dualismus getragen hat.

Wenn wir aber sehen, daß die Staatsmänner Oesterreichs, auch die in verantwortungsvoller Stellung befindlichen, vor unseren Augen den auf der Vorbedingung des einheitlichen verfassungsmäßigen österreichischen Staates ruhenden dualistischen Staatenbund verleugnen, daß die Nationalitäten Oesterreichs die Föderalisierung des österreichischen Staates anstreben, ja einzelne österreichische Völker als selbständige Staaten aus Oesterreich ausscheiden wollen, dann sehen wir, dem Gebot unserer alten Ueberlieferungen und des in unserer Nation lebenden gesunden Erhaltungstriebes Gehör schenkend, den Fortbestand des ungarischen Staates einzig und allein durch die vollständige Loslösung von Oesterreich gesichert. So fordern wir denn, daß das zwischen Ungarn und Oesterreich bestehende Band und Verhältnis so umgeformt werde, daß Ungarn alle Attribute des selbständigen staatlichen Daseins, eine besondere ungarische Nationalarmee, ein selbständiges Wirtschaftsleben, eine selbständige auswärtige Vertretung besitze und das Band zwischen Ungarn und Oesterreich sich ausschließlich auf die Identität der Person des Herrschers beschränke. Doch fordert das Komitat auch, daß bei den einzuleitenden Friedensverhandlungen Ungarn unabhängig von Oesterreich durch besondere ungarische Bevollmächtigte mit selbständigen Befugnissen vertreten sei, denn es ist vorzuziehen, daß die Verhandlungen angesichts der bekannten 14 Punkte des Präsidenten der Vereinigten Staaten von den bei ähnlichen Anlässen bisher gebräuchlichen internationalen Verhältnissen in Form und Wesen gleichemmaßen vollständig abweichen werden.

Es ist demnach zweifellos, daß es für Ungarn eine unumgängliche Forderung ist, bei den Verhandlungen besonders vertreten zu sein, denn wir können den Schutz der Interessen des ungarischen Staates nicht österreichischen Staatsmännern anvertrauen, wo die Völker Oesterreichs ohne jeden Rechtstitel Gebiete aus dem tausendjährigen Körper des ungarischen Staates reißen und die eigenen Interessen mit Aufopferung der ungarischen sichern wollen.

Als erster sprach Abgeordneter Elemér Prokly zu dem Antrag; er drückte seine Ueberzeugung aus, daß es keinen Ungarn geben werde, der nicht mit vollem Herzen in den Ruf „Los von Oesterreich“ einstimmte. (Stürmischer Beifall.)

Graf Gebeon Náday betonte die Notwendigkeit der Entschloßtheit.

Stefan Báldy sprach: „Horváth ist aus: „Noch das unabhängige Ungarn“.

Die Versammlung nimmt den Ausdruck mit stürmischer Zustimmung auf. Nachdem noch Johann Régl, Behel, Horváth und Koloman Kovácsi — der diejenige verurteilt, die den Nationalitäten aus Populärthätshascheri Versprechungen machen — gesprochen, nahm die Versammlung den Beschlus einstimmig an.

Ein Protest der ungarländischen Ruthenen.

Wie man uns aus Maramaroschigiet meldet, haben sich die ruthenischen Führer des Komitats mit der Bitte um die schleunigste Einberufung des Municipalausschusses zu einer außerordentlichen Generalversammlung an den Obergespan gewendet, damit das Ruthenentum bei dieser Gelegenheit erhalten, die in Oesterreich und im ferneren Auslande gefallene Verdächtigung, eine Nationalität von zentrifugalen Tendenzen zu sein, zurückzuweisen und festzulegen könne, daß das sogenannte Ruthenentum nicht anders sei als ein Ungarum ruthenischer Zunge und die Gebietsunversehrtheit des Landes genau so am Herzen trage als welches ein ungarisches Komitat der Tiefenbene immer. Um die ungarische patriotische Gesinnung des Ruthenentums sichtbar zu bezeugen, werden dessen Vertreter an die Regierung das Verlangen richten, die konfessionellen Schulen zu verstärken und andere Kulturinstitutionen ins Leben zu rufen, um so den Ruthenen die Möglichkeit zu geben, auch in Sprache und Kultur ungarisch geworden, die Bezeichnung „Nationalität“ abzuschleifen.

Die Forderungen der Landwirtpartei.

Der Präsidialrat der Provinzorganisationen der achtundvierzig Landwirtpartei hielt gestern unter Vorsitz des Abgeordneten Stefan Szabó eine Beratung ab. Nach eingehender Debatte wurde beschlußweise ausgesprochen, daß die Partei sich gegenüber jeder möglichen Kabinettsbildung volle Bewegungsfreiheit vorbehält. Mit allem Nachdruck wird die Partei auf die ungezügelmte Durchführung der Loslösung von Oesterreich hinarbeiten, ferner darauf, daß bei den Friedensverhandlungen Ungarn durch eigene Staatsmänner vertreten sei, die an der Forderung der territorialen Unversehrtheit bedingungslos festhalten. In der Innenpolitik muß die Volksherrschaft aufgerichtet werden; sie wird auch die Gegensätze, die zwischen dem ungarischen Volk und den Nationalitäten künstlich hervorgerufen worden sind, aus der Welt schaffen. Die Politiker, die bisher ungarischerseits beim König waren, erkennt die Partei nicht als ausschließliche Vertreter des Volkes an und wünscht, daß auch die der Partei vom Herrscher unmittelbar angehört werden.

Die Vorgänge in Ungarn.

ordentlicher Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie.

Gestern hat hier ein außerordentlicher Parteitag der ungarischen Sozialdemokratie stattgefunden. Der Schauplatz der Versammlung war der Sitzungssaal des alten Abgeordnetenhauses. Vertreten waren durch Delegierte alle Arbeiterbranchen und Gewerkschaften der Hauptstadt und des Landes.

Den Vorsitz führte das Vorstandsmitglied Alexander Garbat, der in seiner Eröffnungsansprache auf den Zerfall Oesterreichs in Einzelstaaten hinwies und erklärte, die Arbeiterkraft Ungarns begrüße mit Freuden diese neuen Gestaltungen. Auch Ungarn wüßte sich zu einem unabhängigen Staat umzugestalten, aber nicht in der Weise, daß die Völker unterdrückt werden, sondern als demokratisches Land, das die Selbstbestimmung der Völker in Ehren hält. Die herrschenden Klassen predigen die Integrität des Landes, ihre Politik führe jedoch dahin, daß die Nationalitäten sich mit Haß vom Staate abwenden. Einzig die uneingeschränkte Demokratie und die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker könne die Nationalitäten zur Verschönerung mit dem ungarischen Staate zurückführen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde auf Vorschlag Jakob Beltners eine Entschließung angenommen, die die sofortige Entlassung aller wegen politischer Delikte verhafteten Personen fordert und die Männer begrüßt, die in Deutschland für den Frieden und die Demokratie gekämpft haben und jetzt ihre Ketten verlassen.

Sodann ergriff Sigmund Kunst, der Referent der Tagesordnung, das Wort. Er unternahm heftige Ausfälle gegen das System der Sklaverei, das in Ungarn auch im Kriege fortbauere und das Land in eine Katastrophe zu führen drohe. Die Wahlrechtsreform, wie die Gesetzgebung sie beschlossen habe, stelle einen Betrug an Volke dar. Belerle, der für diese Wahlrechtsreform verantwortlich sei, könne nicht weiter an der Spitze der Regierung bleiben. Sodann führt Redner aus, daß die herrschenden Klassen, die den Krieg militärisch verloren haben, ihn jetzt nach innen gewinnen möchten. Sie wollen das alte System der Unterdrückung beibehalten. Ein Graf Andrássy, der behauptete, daß wir ohne den Russen nicht leben können, ein Apponyi, der den Nationalitäten die Schule nimmt, ein Tiba, der das serbische Ultimatum mit dem Ausdruck: „Endlich!“ begrüßt hat, müssen aus der Reihe derer ausscheiden, die Einfluß auf die Friedensverhandlungen nehmen können. Der Dualismus und das Bündnis mit Deutschland seien hinfällig geworden. Ungarn müsse eine neue Bahn beschreiten, sich der Gesellschaft der Nationen anschließen und dürfe zu keinem Staate enger Beziehungen unterhalten als zu allen übrigen. Ungarns Volk müsse sein eigenes Schicksal in die Hand nehmen und sich nicht zu sehr auf die amerikanischen Güter verlassen. Die Nationalitätenfrage heiße ihre Lösung auf Grund des Verständens und der Gerechtigkeit. Das nationale Interesse keineswegs die Unterdrückung der Anderssprachigen. Die Arbeiter Ungarns hoffen, daß ein demokratisches Ungarn erkämpft werden könne, und sie richten an die Nationalitäten die Bitte, dabei mitzuwirken. In einem Ungarn, das eine demokratische Organisation gleich der Schweiz gewinne, werden die Nationalitäten weiter verbleiben wollen, wenn sie über ihr zukünftiges Schicksal zu entscheiden haben werden. Die Soldaten, die von der Front heimkehren werden, werden ihre Rechte und ihren eigenen Grund und Boden fordern. Nach dem Kriege werden große soziale Klassenkämpfe ihren Anfang nehmen, und die Arbeiter werden die neue Welt errichten, in der weder Sklaven, noch Ausgebeutete leben werden. Redner unterbreitet sodann einen Beschlus Antrag, worin es u. a. heißt: „Am Verhandlungstische will Ungarn als ein nach außen von jeder deutschen und österreichi-